

Das Einzige, was USA und China vor einem Krieg bewahrt, wird gefährlich dünn

21. August 2022 | Scott Ritter

Die Beziehungen zwischen den USA und China in Bezug auf Taiwan sind seit Jahren von zweideutigen Erklärungen und Verpflichtungen geprägt. Jetzt bricht diese Rhetorik zusammen und ein bewaffneter Konflikt scheint näher denn je – aber ist Washington bereit, um Taiwan zu kämpfen, oder in der Lage zu gewinnen?

Zusicherungen und Verpflichtungen

Offiziell stützt sich die US-Politik gegenüber Taiwan auf drei Gemeinsame Kommuniqués der USA und Chinas aus den Jahren 1972 bis 1982, den Taiwan Relations Act von 1979 und die so genannten *Sechs Zusicherungen* aus dem Jahr 1982. Im [Shanghaier Kommuniqué von 1972](#) erklärte China, dass „die Taiwan-Frage die entscheidende Frage ist, die die Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den USA behindert“, und erklärte, dass „die Regierung der Volksrepublik China die einzige rechtmäßige Regierung Chinas ist“, dass Taiwan eine Provinz Chinas ist und dass „die Befreiung Taiwans eine innere Angelegenheit Chinas ist, in die sich kein anderes Land einmischen darf“.

Die USA reagierten darauf, indem sie anerkannten, dass „alle Chinesen auf beiden Seiten der Taiwanstraße behaupten, dass es nur ein China gibt und dass Taiwan ein Teil Chinas ist“, was die US-Regierung nicht bestritt. Die USA bekräftigten auch ihr Interesse „an einer friedlichen Lösung der Taiwan-Frage durch die Chinesen selbst“.

Zuvor, am 1. Januar 1979, hatten die USA und China ein [Gemeinsames Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen](#) herausgegeben, in dem sich die USA verpflichteten, „die Regierung der Volksrepublik China als die alleinige rechtmäßige Regierung Chinas“ anzuerkennen, wobei sie feststellten, dass „das Volk der USA im Rahmen dieser Verpflichtung kulturelle, kommerzielle und andere inoffizielle Beziehungen mit dem Volk von Taiwan unterhalten wird“.



Präsident Carter versicherte dem taiwanesischen Volk bei der Bekanntgabe der Erklärung, dass „die Normalisierung der Beziehungen zwischen unserem Land und der Volksrepublik das Wohlergehen des taiwanesischen Volkes nicht gefährden wird“ und fügte hinzu, dass „das Volk unseres Landes seine derzeitigen kommerziellen, kulturellen und handelspolitischen Beziehungen zu Taiwan auf nichtstaatlichem Wege aufrechterhalten wird“.

Carters Schritt, diplomatische Beziehungen zu China aufzunehmen, kam bei vielen Kongressmitgliedern nicht gut an. Sie reagierten darauf mit der Verabschiedung des [Taiwan Relations Act von 1979](#), in dem erklärt wurde, dass es die Politik der USA sei, „umfassende, enge und freundschaftliche kommerzielle, kulturelle und andere Beziehungen zwischen dem Volk der USA und dem Volk auf Taiwan sowie dem Volk auf dem chinesischen Festland zu erhalten und zu fördern“ und „deutlich zu machen, dass die Entscheidung der USA, diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik China aufzunehmen, auf der Erwartung beruht, dass die Zukunft Taiwans mit friedlichen Mitteln geregelt wird“.

In diesem Zusammenhang wurde im *Taiwan Relations Act* unterstrichen, dass die USA „jeden Versuch, die Zukunft Taiwans mit anderen als friedlichen Mitteln, einschließlich Boykott oder Embargo, zu bestimmen, als eine Bedrohung des Friedens und der Sicherheit im westpazifischen Raum und als eine ernste Angelegenheit für die USA betrachten“ und „Taiwan mit Waffen mit defensivem Charakter versorgen“ würden. Schließlich erklärte das Gesetz, dass die USA die Fähigkeit beibehalten würden, „sich jeder Anwendung von Gewalt oder anderen Formen von Zwang zu widersetzen, die die Sicherheit oder das soziale oder wirtschaftliche System der Bevölkerung Taiwans gefährden würden“.

Die im Taiwan Relations Act enthaltene Betonung der Waffenverkäufe führte zum [dritten gemeinsamen Kommuniqué](#) zwischen den USA und China, das am 17. August 1982 veröffentlicht wurde und in dem versucht wurde, die Differenzen zwischen den beiden Nationen bezüglich der US-Waffenverkäufe an Taiwan beizulegen.

Das Kommuniqué war im Wesentlichen eine Quid-pro-quo-Vereinbarung, in der China betonte, dass es „eine grundsätzliche Politik des Strebens nach einer friedlichen Wiedervereinigung“ mit Taiwan verfolge, über das es die Souveränität beansprucht. Die USA ihrerseits erklärten, dass sie „die chinesische Politik des Strebens nach einer friedlichen Lösung der Taiwan-Frage verstehen und würdigen“. In diesem Sinne erklärten die USA, dass sie keine langfristige Politik der Waffenverkäufe an Taiwan anstreben und ihre Waffenverkäufe an Taiwan schrittweise reduzieren werden, während sie auf eine endgültige Lösung der Wiedervereinigung hinarbeiten.

Um die taiwanesischen Bedenken gegenüber dem dritten Kommuniqué zu beschwichtigen, stimmten die USA den so genannten [sechs Zusicherungen](#) zwischen den USA und Taiwan zu. Diese sind:

1. die USA haben kein Datum für die Beendigung der Waffenverkäufe an Taiwan festgelegt,
2. die USA haben keinen vorherigen Konsultationen mit China über Waffenverkäufe an Taiwan zugestimmt,
3. die USA haben keiner Vermittlerrolle zwischen China und Taiwan zugestimmt,
4. die USA haben keiner Überarbeitung des Taiwan Relations Act zugestimmt,
5. die USA haben keine Position bezüglich der Souveränität Taiwans eingenommen und
6. die USA würden niemals Druck auf Taiwan ausüben, mit China zu verhandeln.

Es gab eine ungeschriebene Ergänzung zum dritten Kommuniqué – ein internes Memorandum, das von Präsident Ronald Reagan unterzeichnet wurde und in dem er erklärte, dass „die Bereitschaft der USA, ihre Waffenverkäufe an Taiwan zu reduzieren, absolut davon abhängt, dass China sich weiter-

hin für eine friedliche Lösung der Differenzen zwischen Taiwan und der VR China einsetzt“, und hinzufügte, dass „es von wesentlicher Bedeutung ist, dass die Quantität und Qualität der an Taiwan gelieferten Waffen vollständig von der Bedrohung durch die VR China abhängt“.

Eine US-Politik im Krieg mit sich selbst

Aus diesem Sammelsurium politischer Erklärungen und Standpunkte ergibt sich eine US-Politik, die mit sich selbst auf Kriegsfuß steht, da sie nicht in der Lage ist, sich entweder auf die Endgültigkeit einer „Ein-China“-Politik festzulegen oder auf den Verkauf von Waffen an Taiwan zu verzichten. Die USA verschleiern diese inhärente Widersprüchlichkeit, indem sie sie als „strategische Ambiguität“ bezeichnen. Das Problem ist, dass dieser politische Eintopf weder eine strategische Vision hat, noch mehrdeutig ist.

Von dem Moment an, als Präsident Reagan die *Sechs Zusicherungen* erließ, war die amerikanisch-chinesische Politik in der Frage der Waffenverkäufe angespannt, wobei China den Standpunkt vertrat, dass es den USA weder mit einer friedlichen Wiedervereinigung Taiwans mit China noch mit der Einstellung der Waffenverkäufe an Taiwan ernst sei. Von der Reagan-Regierung bis zu den Regierungen von George H. W. Bush und Bill Clinton stiegen die Waffenverkäufe exponentiell an, und die USA lieferten Taipeh F-16-Kampfflugzeuge, Patriot-Boden-Luft-Raketen und andere moderne Waffen. Im Jahr 1997 besuchte der Sprecher des Repräsentantenhauses, Newt Gingrich, Taiwan im Rahmen einer Pazifikreise, die auch China umfasste. Gingrich behauptet, er habe seinen chinesischen Gastgebern gesagt, dass, falls China Taiwan angreifen sollte, die USA „Taiwan verteidigen werden. Punkt.“

Als Reaktion auf den Rückzieher der USA in Bezug auf Waffenverkäufe und Taiwan verabschiedete China 2005 ein Gesetz, das als Anti-Sezessionsgesetz bekannt ist und in dem unmissverständlich erklärt wird, dass Taiwan „Teil Chinas“ ist. In dem Gesetz erklärte China, dass es „den secessionistischen Kräften der ‚Unabhängigkeit Taiwans‘ niemals erlauben wird, Taiwan unter irgendeinem Namen oder mit irgendwelchen Mitteln von China abzuspalten“. China bekräftigte seine offizielle Haltung, dass eine Wiedervereinigung mit „friedlichen Mitteln“ den grundlegenden Interessen Chinas am besten dient. Das Gesetz machte jedoch deutlich, dass China nicht tatenlos zusehen wird, wenn versucht wird, „die Abspaltung Taiwans von China herbeizuführen“. Sollte dies geschehen, würde China „nicht-friedliche Mittel und andere notwendige Maßnahmen“ einsetzen, um Chinas Souveränität und territoriale Integrität zu schützen.

Spulen wir ins Jahr 2021 vor. Die Regierung Biden verpflichtete sich in politischen Leitlinien, die kurz nach der Vereidigung des Präsidenten herausgegeben wurden, die chinesische Aggression abzuschrecken und Bedrohungen der „kollektiven Sicherheit, des Wohlstands und der demokratischen Lebensweise“ der USA und ihrer Verbündeten abzuwehren, während sie sich öffentlich zu einer Taiwan-Politik verpflichtete, die „im Einklang mit langjährigen amerikanischen Verpflichtungen“ stünde, einschließlich des Taiwan Relations Act von 1979, der die militärische Unterstützung der USA für Taiwan auf Waffen mit defensivem Charakter beschränkt.

Am Rande des Krieges

Dies war, wie sich herausstellte, eine Lüge. In seiner Bestätigungsanhörung vor dem US-Senat im Oktober 2021 erklärte der derzeitige US-Botschafter in China, Nicholas Burns, dass die Politik der „strategischen Zweideutigkeit“ aus Sicht der Biden-Administration den USA im Rahmen des Tai-

wan Relations Act einen „enormen Spielraum“ zur Vertiefung der US-Sicherheitshilfe für Taiwan biete. „Unsere Verantwortung“, so Burns, „besteht darin, Taiwan zu einer harten Nuss zu machen“. Dies war eine deutliche Abweichung von der bisherigen Praxis und diente Biden selbst als Rechtfertigung dafür, bei [zwei Gelegenheiten](#) eine amerikanische Verpflichtung zur Verteidigung Taiwans zu formulieren, falls China angreifen sollte.

Diese radikale Abkehr der Biden-Regierung von der erklärten US-Politik hat dazu beigetragen, dass der Kongress drei aufeinander folgende Delegationen entsandt hat, die China in einen Krieg mit Taiwan zu treiben drohen, den es nicht führen will und dessen Folgen die Welt (einschließlich der USA) nicht zu tragen bereit ist.

Die erste Delegation im Mai wurde von Tammy Duckworth (Dems-Illinois) geleitet. Vor ihrer Abreise aus den USA trug Duckworth dazu bei, den [Strengthen Taiwan's Security Act](#) durchzusetzen, der unter anderem darauf abzielte, den Austausch von Informationen zwischen den USA und Taiwan zu verbessern, Pläne für die Fortsetzung der militärischen Hilfe im Falle eines chinesischen Angriffs zu entwickeln und die Möglichkeit zu prüfen, vorbereitete Waffenlager für US-Truppen einzurichten, die im Falle eines Krieges mit China nach Taiwan entsandt werden könnten.

Lassen Sie diesen letzten Punkt kurz auf sich wirken – Duckworth schlug Maßnahmen vor, die garantieren würden, dass US-Truppen im Falle einer chinesischen Invasion in Taiwan chinesischen Truppen gegenüberstehen würden.

Teil zwei der dreifachen politischen Ignoranz des Kongresses war der Besuch von Nancy Pelosi in Taiwan, über den bereits viel geschrieben wurde. Der letzte Akt in dieser Tragikomödie ist der Besuch von Senator Ed Markey (D-Massachusetts), der Anfang dieser Woche stattfand. Laut einer Pressemitteilung, die von Markeys Büro vor seinem Besuch herausgegeben wurde, würde seine Delegation „mit gewählten Führungspersonlichkeiten und Mitgliedern des Privatsektors zusammen treffen, um gemeinsame Interessen zu erörtern, darunter die Verringerung der Spannungen in der Straße von Taiwan und die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, einschließlich Investitionen in die Halbleiterindustrie.“

Unausgesprochen bleibt das Umfeld, in dem alle drei Besuche stattfanden. Schon vor Duckworths erstem Besuch hatten die chinesischen Behörden den beispiellosen Schritt unternommen, eine deutliche Warnung in Bezug auf Taiwan auszusprechen. Am 18. Mai warnte Chinas ranghöchster Diplomat Yang Jiechi Bidens Nationalen Sicherheitsberater Jake Sullivan, dass „wenn die USA weiterhin die Taiwan-Karte spielen und den falschen Weg einschlagen, dies sicherlich zu gefährlichen Situationen führen wird“.

Heute sind China, die USA, Taiwan und der Rest der Welt mit einer solchen „gefährlichen Situation“ konfrontiert.

Es besteht kein Zweifel daran, dass jede Unternehmung Taiwans, seine Unabhängigkeit von China formell zu erklären, eine chinesische Invasion der Insel zur Folge haben wird. Außerdem ist es unwahrscheinlich, dass Taiwan jemals eine solche Aktion unternehmen würde, wenn es keine Garantien für die militärische Unterstützung durch die USA gäbe, die durch Maßnahmen ergänzt wird, die der Rhetorik Realität verleihen. An dieser Stelle kommt das Trio der Kongressdelegationen ins Spiel. Eine Gesetzgebung wie die von Duckworth vorgeschlagene und offenbar von Pelosi und Markey unterstützte wäre erforderlich, wenn die USA formell mit ihrer bisherigen Politik gegen-

über China und Taiwan brechen wollten. Je mehr sich der Kongress weiterhin mit Taiwan verbündet, desto mehr muss China gesetzgeberische Maßnahmen des US-Kongresses befürchten, die die USA und China offiziell auf einen Kriegspfad führen würden.

Beim derzeitigen Stand der Dinge sind die USA [nicht darauf vorbereitet](#), einen Krieg mit China um Taiwan zu führen und zu gewinnen. Wenn China heute in Taiwan einmarschieren würde, könnte das US-Militär nur wenig tun, um den verbalen Zusagen von Newt Gingrich und Joe Biden, Taipeh zu verteidigen, Taten folgen zu lassen. China hat durch groß angelegte Militärmanöver, die nach Pelosis überstürztem Besuch durchgeführt wurden, gezeigt, dass es in der Lage ist, Taiwan jederzeit zu überfallen. Eine solche Invasion, sollte sie stattfinden, wäre von überwältigendem Ausmaß und zerstörerisch in einem Ausmaß, wie es die Ukraine heute angesichts der laufenden Militäroperationen Russlands erlebt.

Und dennoch hält sich China weiterhin zurück. Einige Sesselgeneräle werten die Zurückhaltung Chinas als Zeichen der Schwäche, als Beweis dafür, dass Peking nur bellt und nicht beißt. Nichts könnte jedoch weiter von der Wahrheit entfernt sein. Im Gegensatz zu den USA hält China strikt an seiner erklärten Politik fest, alle friedlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Vereinigung von China und Taiwan zu erreichen. Trotz der eindeutigen Beweise für eine deutliche Abkehr von der bisherigen Politik in Bezug auf Taiwan und Waffenverkäufe glaubt China nach wie vor, dass es eine gewaltfreie Lösung für das Ein-China-Problem gibt.

Wenn Amerika dem Frieden nur eine Chance geben würde.